Zeitschrift: Puls : Monatsheft der Gruppen IMPULS + Ce Be eF

Herausgeber: IMPULS und Ce Be eF : Club Behinderter und Ihrer FreundInnen (Schweiz)

Band: 20 (1978)

Heft: 5: Engagement in der Politik

Artikel: Engagement in den politischen Parteien?

Autor: Suttner, Wolfgang / Enderle, Georges

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-154986

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ENGAGEMENT IN DEN POLITISCHEN PARTEIEN ?

Politisches angagement – was heisst das? Für viele bedeutet das: in eine politische partei eintreten und – vielleicht – in ihr aktiv werden.

Frage: wenn nun eine behinderte Schweizerin, ein behinderter Schweizer in eine der traditionellen parteien eintritt, was erwartet ihn dann? Wie stellen sich die parteien zur problematik der behinderten?

Kürzlich machte die jugendzeitschrift 'DIALOG' eine umfrage bei den parteien der Schweiz zum thema 'behinderte'. Die antworten kamen meistens von den pressechefs der parteien und es ist klar, dass man ihre aussagen nicht einfachhin als **die** jeweilige parteimeinung ansehen darf. Aber die voten dürfen zumindest als **symptomatisch** für die haltung der einzelnen parteien in der behindertenfrage gelten.

Hans-Peter Graf, der informationschef der 'Schweizerischen Volkspartei' (SVP), gibt auf die frage des DIALOG: "Was gedenkt ihre partei für die wirkliche eingliederung der behinderten in die gesellschaft zu tun? " Folgende antwort: "Behinderte fühlen sich in der regel unter gleichbehinderten wohler, als wenn ihnen der abstand zum nichtbehinderten ständig schmerzlich bewusst wird. sonderschulen und heime für behinderte sind deshalb als segensreiche institutionen zu sehen. In diesem zusammenhang verdient auch beachtung, dass versuche, leicht- mit schwerstbehinderten zu mischen, hinsichtlich der gesellschaftlichen eingliederung enttäuschen."

Was der parteigenosse des bundesrates Gnägi da sagt heisst im klartext doch nichts anderes als, dass die SVP

1) die absonderung der behinderten von den nichtbehinderten will und
2) dass die behinderten in heimen und sonderschulen ausgesperrt und versorgt werden sollen.

Peter Frei, der presse- und informationschef der Christlich-Demokratischen Volkspartei (CVP) gibt auf die gleiche frage (siehe oben) folgende antwort: "Die körperlich und sozial behinderten bedürfen in besonderer weise des schutzes und der förderung durch die gesellschaft, damit sie sich ihren anlagen und fähigkeiten entsprechend entfalten können. Ihre (wieder-(eingliederung in arbeit, beruf und gesellschaft ist eine wichtige und entscheidende aufgabe unserer gesellschaft. Die einrichtungen zur früherkennung und frühbehandlung von behinderungen müssen deshalb ausgebaut werden."

Lobenswert diese forderungen, die hier im namen der CVP vorgebracht werden. Leider bleibt es jedoch bei den worten. Die taten, die z.b. vom CVP - bundesrat Hürlimann, aufgrund dieser parteiideologie, folgen müssten, bleiben aus. Am 24.6.1976 wurde Hürlimann auf den von der CVP geforderten ausbau der einrichtungen zur früherkennung und frühbehandlung von behinderungen angesprochen. Er wird im parlament gefragt, wann endlich eine Schweizerische behindertenstatistik, eine der wichtigsten voraussetzungen für die früherkennung, ausgearbeitet werde. Hürlimann vergisst die forderungen seiner partei und antwortet: "Der aufbau einer solchen statistik stösst auf schwierigkeiten, da es

nicht einfach ist, die invalidität begrifflich zu umschreiben. . . Eine aussagekräftige statistik stösst ferner auf beachtliche erhebungstechnische schwierigkeiten und verursacht zudem einen erheblichen arbeitsaufwand. Angesichts der begrenzten personellen und finanziellen mittel muss auf die vordringliche aufgaben bedacht genommen werden."

Hürlimann redet sich also mit sprüchen wie "es ist schwierig", "die finanziellen mittel sind begrenzt" und "es gibt vordringlicheres" heraus; der fragesteller muss sich notgedrungen (!) mit der antwort des bundesrates zufrieden geben; und – die heikle frage der behindertenstatistik ist einmal mehr aufgeschoben. Übrigens – heute 1978 – gibt es immer noch keine solche statistik. Es ist eben viel leichter, schöne worte zu machen, als diesen auch gute taten folgen zu lassen. Die 'Freisinnig-Demokratische Partei' (FDP) ebenfalls zur eingliederung der behinderten in die gesellschaft befragt, zitiert ihr wahlprogramm: "Invalide, geschädigte kinder, aber auch suchtkranke leben am rande der gesellschaft. Wir unterstützen deshalb geeignete massnahmen, die der familie die pflege von behinderten erleichtern. Eine genügende zahl von beratungsstellen und spezialschulen ist zu schaffen, die eine bessere eingliederung der behinderten anstreben. Die private initiative in diesem bereich ist zu fördern."

Ist das nicht eigenartig? Da wird eine partei, die FDP, angefragt, welche möglichkeiten sie als partei, als kollektiv, bezüglich der behinderten entwickeln will, und dann verweist diese partei einfach zurück auf die 'private initiative'. Das ist doch gerade der wunde punkt, dass bestimmte, weiterreichende aufgaben eben nicht mehr von der 'privaten initiative' bewältigt werden können, und dass deshalb im kollektiv, in der gemeinschaft (z.b. im verbund der politischen organisationen), neue lösungen angestrebt werden müssen.

Die ebenfalls vom 'DIALOG' befragte 'Sozial-Demokratische Partei (SP)' kommt in ihrer antwort auf die wichtige problematik der genügenden arbeitsplätze für behinderte zu sprechen: "Die sozialdemokratische fraktion will in einem parlamentarischen vorstoss verlangen, dass diejenigen, die arbeitsplätze zu vergeben haben, eine gewisse anzahl davon für arbeitsfähige behinderte zur verfügung stellen müssen. Allerdings ist der vorstoss, den die SP machen will, nicht neu und eher fragwürdig; denn solche "pflichtarbeitsplätze" haben sich in anderen ländern, wie z.b. in der BRD, für den behinderten als meistens nachteilig erwiesen.

Es ist bezeichnend und stimmt nachdenklich, dass keine der befragten parteien auf wesentlichere probleme zu sprechen kam. Alle fühlten sich verpflichtet, kleinere oder kleine aktionen f ü r die (armen) behinderten zu starten oder zu fordern. Keiner der angesprochenen parteien kam in den sinn, mit den behinderten das gespräch zu eröffnen, sie zur mitarbeit, zur mitbestimmung aufzufordern.

Weil von den parteien her der dialog mit den behinderten nicht gesucht wurde, darum kam auch keine von ihnen auf die idee, dass die frage der zeitschrift 'DIALOG' hinterfragt werden muss. Zur frage: "Was gedenkt ihre partei für die wirkliche eingliederung der behinderten in die gesellschaft zu tun? " gehört notwendig die gegenfrage: "Was heisst hier denn eingliederung? und in welche gesellschaft soll denn da eingegliedert werden? "

Vielleicht wäre man über diese gegenfrage zu wesentlichen problemen der behin-

derten vorgestossen: zum — für sie tödlichen — leistungsdruck dieser gesellschaft, oder zum — von den meisten von ihnen unerreichbaren — schönheitsideal, nachdem in dieser unserer gesellschaft die aufstiegschancen taxiert werden, oder zum festzementierten rollenverständnis, das beinahe jede veränderung der arbeitssituation verhindert und damit auch neue lösungen für die eingliederung der behinderten verunmöglicht.

Es ist aber nötig, dass diese grundsätzlicheren fragen in den parteien und im parlament diskutiert werden und dass lösungen der hier anstehenden probleme durchgesetzt werden.

"EIN BUCKEL IST GEWISSERMASSEN
DIE QUALIFIKATION ZUM REVOLUTIONÄR"

"Noch eine gruppe von krüppeln ist zu nennen, die r e v o l u t i o n s - k r ü p p e l.
Aristoteles bezeichnet einmal die bewegung als verwirklichung des unvollendeten. . . Kein wunder daher, dass menschen mit stark behindertem körperlichen bewegungsdrang sich nach stürmischen taten sehnen.
Das gehemmte motorische leben löst sich in taten, die verändern, umwälzen, erschüttern, das weltgeschehen dramatisch machen.
Hinkende wie Tamerlan und Richard III., wuchskrüppel wie der kleine epileptische St. Paulus und Napoleon haben weltgeschichte gemacht.
So hat auch die französische revolution krüppeltypen wie den lahmen Conton und den andeutungskrüppel Robespierre an die spitze gestellt.
Auch die deutsche revolution von 1918 bescherte uns führende krüppel, den buckligen schneider Merges aus Braunschweig, die kleine und lahme Rosa Luxemburg. . ."

Hans Würtz,
Erziehungsdirektor in Berlin, 1921

Sollen deshalb behinderte frauen und männer sich in den parteien der Schweiz engagieren? Wir finden ein solches engagement aufgrund der oben kurz skizzierten einstellung der parteien zur behindertenproblematik nicht sinnvoll — noch nicht. E i n z e l n e behinderte, die hier und dort in die traditionellen parteien einträten, würden als einzelpersonen sich nicht durchsetzen; höchstens in wahl- und abstimmungszeiten benützte sie die partei als "aushängeschild" ihrer "ach so sozialen gesinnung".

Mir scheint, dass behinderte und solche, die sich mit ihren forderungen solidarisch erklären, zunächst einmal s e l b s t ihre politische linie entwickeln müssen. Das heisst aber, dass wir die in der öffentlichkeitsarbeit (der beiden vereine IMPULS und Ce Be eF) gemachten ansätze weiterentwickeln müssen zu einem politischen bewusstsein. Erst dann, wenn wir eine politische konzeption haben und diese öffentlich vertreten können, hat es sinn, ein zusammenwirken mit anderen politischen kräften (z.b. mit den gewerkschaften, mit bürgerinitiativen, mit der einen oder anderen partei oder organisation) anzustreben, um unseren forderungen eine breitere basis zu geben.

Modellhaft im bestreben, ein eigenes politisches bewusstsein zu entwickeln sind heute die frauen, die sich für ihre befreiung zusammengeschlossen haben. Sie suchen zunächst die distanz zu den parteien, zu anderen politischen organisationen, um ein wirklich eingenständiges konzept entwickeln zu können. Erst von dieser gefestigten politischen einstellung her ist es ihnen möglich, bei ihren aktionen jeweils das zusammenwirken mit anderen politischen kräften zu beschliessen.

Politisches engagement der behinderten in den parteien der CH? Noch nicht. "Du willst kämpfen lernen? Aber dazu musst du gut sitzen." Der rat des chinesischen weisen Meti bedeutet – auf unsere situation übertragen – doch wohl, dass nur solche, die l e r n e n , die ihre lage beurteilen können und ihre möglichkeiten erkennen, "das beste aus dem bestehenden herausholen", um gezielt für d a s b e s s e r e zu kämpfen.

Wolfgang Suttner und
Georges Enderle

Wissen, wo kämpfen

FÜR EINE NOCH BESSERE WELT

Erwin Eggli, der autor des folgenden artikels ist 61 jahre alt. Als betroffener engagiert er sich zeit seines lebens politisch. Er ist seit über 40 jahren bei der ALUSUISSE tätig. – Red.

Zur gestellten frage: "Wie und warum engagiere ich mich politisch? " muss ich offen gestehen, dass ich seit meiner schulentlassung als selbstverständlich erachtete, in einer partei dabei zu sein. Und weil ich mich speziell für die anliegen, das heisst für eine soziale besserstellung der arbeitenden, insbesondere der minderbemittelten mitmenschen einsetzen wollte, musste ich mich für die mitgliedschaft in der Sozial-demokratischen Partei (SP) entscheiden.

Wegen der jahrelangen schweren krebserkrankung meines vaters musste ich meinen schulbesuch frühzeitig beenden, auf das 3. sek.-schuljahr verzichten und für den unterhalt meiner eltern aufkommen. Leider konnten sich meine eltern keine krankenkasse leisten, sodass wir deshalb in eine finanziell sehr prekäre lage gerieten. Wir mussten zweimal konkursamtlich unser sehr bescheidenes und verschuldetes gewerbe aufgeben.

In einer kleinen maschinen- und apparatefabrik in Schaffhausen musste ich